

## NRWs Fachärzte: „Zwang zu kurzen Wartezeiten ginge zulasten der Patienten“

### AFO wirft Großer Koalition Populismus vor

**Köln, Januar 2014.** In der Debatte über lange Wartezeiten in Facharztpraxen melden sich auch die Fachärzte aus Nordrhein-Westfalen zu Wort. In einer Meldung des Aktionsbündnisses Fachärztlicher Organisationen (AFO) zu dem sich NRW-Fachärzte zusammengeschlossen haben, machten sie deutlich, dass ihrer Ansicht nach der Zwang nach kurzen Wartezeiten zum Durchschleusen der Patienten in den Praxen führe.

Hintergrund: Die große Koalition plädiert dafür, dass bei Wartezeiten auf einen Facharzttermin über 4 Wochen, eine ambulante Behandlung im Krankenhaus erfolgen kann. „Diese Idee hört sich für unsere Patienten erst mal gut an, aber was das für die Behandlungsqualität bedeutet, erklärt ihnen die Herren Lauterbach und Span sowie der neue Gesundheitsminister Minister Gröhe nicht“, betont Dr. Michael Stephan-Odenthal, Facharzt für Urologie und Geschäftsführer der Uro-GmbH Nordrhein. Die Kosten für Behandlungen im Krankenhaus sollen den Fachärzten im Übrigen vom Budget abgezogen werden, was nichts anderes bedeutet, als das diese Gelder für die Versorgung der Patienten in den Praxen fehlen werden. Er selbst gab an, in seiner Praxis zum Teil deutlich längere Wartezeiten für einen geplanten Termin zu haben. Nach seinen Angaben behandelt jeder Urologe in NRW derzeit im Durchschnitt etwa 1.000 Kassenpatienten im Quartal. Und damit genau so viele Patienten wie der Durchschnitt der Hausärzte in Nordrhein „Um alle qualifiziert untersuchen, beraten und behandeln zu können, braucht es vor allem eines: Zeit! Eine gesetzlich

#### Pressekontakt

komm | public!

Romy Robst

Große Düwelstraße 28

30171 Hannover

Tel: 0511- 89 88 10-11

Fax: 0511- 89 88 10-10

robst@komm-public.de

#### Direktkontakt

AFO c/o Frielingsdorf Consult

GmbH

Kaiser-Wilhelm-Ring 50

50672 Köln

Tel: 0221-13 98 36 - 0

Fax: 0221-13 98 36 - 65

info@frielingsdorf.de

festgelegte Höchstwartezeit bedeutet nichts anderes, als einen höheren Patientendurchsatz und damit zwangsläufig weniger Zeit für den Patienten und sein Anliegen“, kritisiert Stephan-Odenthal stellvertretend für seine Kollegen aus den Ärztevereinigungen HNOnet NRW eG, GenoGyn Rheinland eG, Anästhesienetz NRW e.V. und Orthonet-NRW eG.

Zudem vermuten die AFO-Mitglieder, dass zusätzliche Behandlungen einer größeren Anzahl von ambulanten Patienten in den meisten Kliniken gar nicht bewerkstelligt werden könnten. Die Forderungen der Politik seien daher eher als Populismus zu werten, um von den eigentlichen Ursachen der Probleme im Gesundheitswesen abzulenken. „Politik und Kassen können schließlich nicht auf der einen Seite mehr Qualität und transparente Information und auf der anderen schnellere Behandlung und eine größere Behandlungsmenge fordern. Gerade in Zeiten in denen wir immer mehr Arbeit mit bürokratischen Prozessen haben gehen solche Forderungen an der Realität vorbei“, schließt Stephan-Odenthal.